

# SPD

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

# Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

II/92

Hannover, 12. November 1947

## Falscher Patriotismus

---

Es gehört zu den dringenden Aufgaben der Zeit, den Deutschen zu einem deutschen Europäer werden zu lassen und ihm damit ein vernünftiges und massvolles Bewusstsein seines Wertes zu geben. Seinem starken und gesunden Heimatgefühl muss ein politischer Tatsachensinn hinzugefügt werden, der ihn zukünftig vor einem falschen Patriotismus bewahrt und ihm zugleich den Komplex nationaler Minderwertigkeit nimmt. Dies ist notwendig, da ein grosser Teil der Deutschen, nur in die jüngste Vergangenheit blickend, nationalen Minderwertigkeitskomplexen anheimfällt, oder aber sich in dampfem Nationalismus trügerische Phantasmagorien vorgaukelt.

Aus den Jahren 1813, 1870 und 1933 bezogen die Deutschen ihre Vaterlandsliebe - zwei kriegerische Daten und eine befohlene "Revolution". Das deutsche Nationalgefühl erwuchs aus dem Lärm der Schlachten und aus der Demagogie eines Verbrachers. Patriotismus ist deshalb in Deutschland gleichbedeutend mit dem Willen zur Macht und der Herabwürdigung jedes anderen Volkes. Gewiss ist die Macht bisher das Dominiierende in den Beziehungen der Völker gewesen, man wird aber nicht abstreiten, dass sie nicht ausschliesslich angewandt wurde, um anderen den eigenen Willen aufzuzwingen. Dem deutschen patriotischen Denken war das erste jedoch eine Selbstverständlichkeit.

Der falsche Patriot von heute ist wiederum tief davon überzeugt, dass Macht vor Recht gehe und nur die Mächtigen gut zu leben haben, obwohl es in Europa tatsächlich "schwache und kleine" Staaten sind, die den höchsten Lebensstandard besitzen. Da Deutschland nur zu Zeiten eigenmächtiger Regierungen "mächtig" war, lehnt der Nationalist auch nach dem zweiten Weltkrieg die Demokratie ab und seine Hoffnungen konzentrieren sich auf einen Krieg zwischen Ost und West, aus dem Deutschland als der lachende Dritte hervorgehe. Die absolut anzuzweifelnde Demontagepolitik würde diese Art Patrioten zu jeder unüberlegten Handlungsweise hinführen, wenn die Chancen nicht so ungleich verteilt wären. Die vorläufig einmal Tatsache gewordene Abtrennung der Ostprovinzen erfüllt den Hurratrioten mit einer kalten Wut gegen jeden zwangsvorschleppten Polen und in Frankreichs keineswegs unbegründeter Forderung

nach Sicherheit sieht er den Vernichtungswillen des "Erbsfeindes". Englands Besatzungspolitik ist in seinen Augen nichts anderes als der Versuch einer Beseitigung des gefährlichen Konkurrenten, und ein mit einem deutschen Mädchen tanzender amerikanischer Soldat empört denselben Patrioten, der sich von russischen Offizieren in sowjetischer Kriegskunst unterweisen lässt.

Dieser falsche Patriotismus erwächst mehr und mehr aus der Verbitterung gegen das Chaos des deutschen Lebens, er erblüht aus den Ruinen der brachliegenden Industriewerke, aus zahlreichen Korruptionserscheinungen, aus den Millionen Heimatlosen und Ausgebombten, aus der Erinnerung an Hitler, aus der Entnazifizierung, aus der Vierteilung Deutschlands, aus der Demontage usw. usw. Es ist nicht verwunderlich, wenn es in Deutschland bereits wieder Parteien gibt, die mit diesen irreführenden Gefühlen Geschäfte machen, dies sogar in den Landtagen zugeben und in Wendungen wie "selbst das von Ihnen so geschmähte Dritte Reich" ihre wahre Überzeugung ausdrücken.

Von einer Frau, die ihren Mann nur liebt, wenn er erfolgreich, mächtig und gefürchtet ist, wird man nicht den Eindruck haben, sie liebe ihn aus tiefem Herzen - ähnlich aber verhält es sich mit dem falschen Patriotismus.

---

#### Ein Spitzenmann der SED

Jakob Boulanger, erster Vizepräsident der Zentralverwaltung Industrie in der Sowjetzone, ist, wie aus der Tagespresse bekannt wurde, zurückgetreten, weil ihm schwere Verbrechen zur Last gelegt wurden. Damit haben die Russen einen Mann fallen lassen, dessen zum Himmel schreiende Korruptionierung nicht mehr länger gedeckt werden konnte. Boulanger war bis 1929 RFB-Leiter von Köln-Düsseldorf und kam dann nach München, wo er Vorsitzender der kommunistischen Landtagsfraktion und Zentralkomitee-Mitglied wurde. B. war mit einer halbjährigen Unterbrechung von 1933-1945 in Haft, davon seit 1941 im KZ Mauthausen. Im April 1945 kam B. nach Wien und zog die KPÖ auf. Im September 1945 wechselte er mit Hilfe der Russen nach Berlin über und kam sofort als besonderer Vertrauensmann des NKWD zur ZVI. Der kommunistische Magistrat übergab B. zunächst eine Villa in Berlin-Hermsdorf, wo seine umfangreichen Schwarzgeschäfte den Unwillen der Bevölkerung erregten. Im Herbst 1946 zog B. in den russischen Sektor nach Niederschönhausen. Mauthausener Mitgefangene bestätigen Boulangers gemeine Handlungsweise gegenüber seinen Leidensgenossen. B. war Blockältester, die letzten zwei Jahre Verwalter des Hauptmagazins. Dabei hat er mit der SS riesige Schiebergeschäfte gemacht. Politisch hat sich Boulanger nicht gegen die Nazis im Lager betätigt, sondern war allgemein unter den Mitgefangenen wegen seiner Brutalität gefürchtet. Die geringen Rationen im Lager hat er durch eigene Willkür verkürzt und seine Mitgefangenen betrogen.

---

Geben Sie Gedankenfreiheit, Sir!

Von Dr. Georg Diederichs, M.d.L. Hannover

Dem Niedersächsischen Landtag lag in seiner letzten Tagung auch eine Regierungsvorlage zum Vorläufigen Gesetz über die Stellung der Beamten vom 10.6.47 vor. Die Bedeutung einiger darin enthaltenen Bestimmungen geht weit über den Rahmen des Landes Niedersachsen hinaus, deshalb soll hier dazu grundsätzlich Stellung genommen werden.

Ohne hier näher auf gesetzestechnische Einzelheiten einzugehen, sei folgendes festgestellt: Wesentlich war vor allem ein Antrag der FDP, der einmütige Unterstützung auf der gesamten Linken und vielfach auch nicht unerhebliches Interesse in gewissen Kreisen der Rechten fand. Der Antrag fordert die Streichung einer Gesetzesbestimmung, die folgenden Wortlaut hat:

"Der Beamte darf sich nicht öffentlich politisch betätigen". Die Annahme dieses Antrages, der die wärmste Unterstützung der SPD findet, bedeutet nicht weniger und nicht mehr, als die politische Befreiung der Beamten aus einem unangenehmen, teilweise unerträglichen Gewissenszwang. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Militärregierung diese Stellungnahme nur ungern und mit grossen Bedenken sieht, und ihrerseits an dem Gedanken des politisch "neutralen" Beamten festhält, ja, die Festlegung dieser Auffassung in dem in Vorbereitung befindlichen endgültigen Beamtengesetz fordern wird.

Der Engländer argumentiert folgendermassen: Die Beamten sind die ausführenden Organe der beschliessenden Körperschaften. Sie repräsentieren das Fachwissen, die gewählten Körperschaften den "gesunden Menschenverstand". Die Beamten sind die unbestechlichen Diener der Volksvertretungen. Sie müssen objektiv und dürfen nicht parteilich sein. Dabei bleibt ihnen das aktive, geheime Wahlrecht sowie das Recht, Mitglied einer Partei zu sein. Aber sie dürfen sich nicht exponieren, das öffentliche, politische Auftreten sei ihnen zu verbieten.

Unsere Gegenbeweisführung lautet etwa so: Selbstverständlich soll der Beamte vorurteilslos die Beschlüsse seiner gewählten Körperschaften durchführen. Das wird er umso gewissenhafter tun, wenn er weiss, dass die Körperschaft etwa eine andere Wahrheit hat, als seiner Auffassung entspricht, um das in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Gerade wenn der Beamte die volle politische Freiheit hat, wird er bei einem öffentlichen Bekenntnis zu irgendeiner politischen Richtung in seinen dienstlichen Entscheidungen sich einer besonderen Objektivität befleissigen, denn als Parteigebundener muss er ja auch auf den Ruf seiner Richtung die entsprechende Rücksicht nehmen. Wenn man ihm schon das Recht der Parteizugehörigkeit zubilligt, weshalb dann das Verbot der öffentlichen Betätigung? Glaubt man, dass jemand dadurch besonders vertrauenswürdig wird, dass er zwar einer bestimmten Richtung angehört, aber nach aussen hin als neutral erscheint.

wöchte oder muss? Dieser Zwang ist weder ethisch wertvoll noch erzieherisch im Sinne unserer werdenden Demokratie.

Alle Deutschen, also auch die Beamten, müssen lernen, jedermann ohne Vorurteil zu begegnen, gleichgültig zu welcher politischen Richtung er sich bekennt. Dabei ist es ganz selbstverständlich, dass hiermit nicht der parteipolitischen Bindung des gesamten Beamtentums das Wort geredet werden soll. Es bleibt dabei durchaus Raum für den parteilosen, unpolitischen rein fachlich eingestellten Beamten. Dem politisch Interessierten darf aber kein Gewissenszwang werden. Deshalb fordern wir ganz bewusst die unbeschränkte politische Betätigungsfreiheit.

England selbst kennt, um einen weit verbreiteten Irrtum richtig zu stellen, ein Verbot öffentlicher politischer Betätigung für Beamte nicht; dort behandelt man die ganze Frage als eine Frage politischen Taktos. Hier scheint mir wirklich der Kern des ganzen Problems und auch der Ansatzpunkt zu einem Ausgleich der heute noch divergierenden Ansichten zu sein.

Wir stehen gar nicht an, zuzugeben, dass es eine Frage des Taktos und des Fingerspitzengeföhls ist, inwieweit sich ein Stadt- oder Oberkreisdirektor im eigenen Bereich politisch exponiert. Aber diese Tugend guten demokratischen Verhaltens werden unsere Beamten und auch die übrigen Jünger der Demokratie niemals lernen, wenn wir ihnen nicht die Zwangsjacke des Verbotes abnehmen. Mag es auch hier und dort noch an der notwendigen Reife fehlen und von Zeit zu Zeit ein faux pas passieren, so ist das immerhin besser als eine Verbots-therapie, die die richtige Diagnose vollkommen verdeckt. Hüten wir uns davor, durch Beschneidung der politischen Rechte aus den Beamten eine besondere Klasse zu machen, und damit den Grundstein zu einer neuen Bürokratie mit eigenem Kastengeist zu legen.

#### Die "bürgerliche" Defensive

-e, Berlin.

Der Zeitpunkt scheint gekommen, dass in der Ostzone die bürgerlichen Parteien den Todeszuckungen gegenüberstehen. Mag sein, dass die allgemeine Radikalisierung in Osteuropa, die das Spiel der "demokratischen Blöcke" durch rigorose "Einheitsaktionen" beendet, sich gewittrig auch in der deutschen Ostzone ankündigt. Jedenfalls stehen, wie man u.a. in der sowjetoffiziösen Zeitung "Tägliche Rundschau" in letzter Zeit nachlesen kann, die CDU und die LDP in der Ostzone in der ernststen Gefahr, "Herde reaktionär-faschistischer Gesinnung" zu werden. Solche Anschuldigungen haben wegen der Macht, die hinter ihnen steht, den Charakter von Anklageakten.

Das freilich will nicht besagen, dass die beiden Parteien nannmehr schon ebenso wie seinerzeit die SPD der Auflösung ausgeliefert sind. Zweieinhalb Jahre lang haben die beiden bürgerlichen Parteien der Ostzone die demokratische Fassade für die undemokratischste Entwicklung geliefert. Und die verantwortlichen Organe sind nicht unbedingt daran interessiert, diese Fassade gerade jetzt fallen zu

lassen, da die undemokratische Struktur der Ostzone bis sehr weit hinter den künstlichen Vorhang bekannt geworden ist. Was vielmehr die neue Situation in der sowjetischen Zone bezeichnet, sind die endlich aufstehenden Oppositionsgruppen in diesen blassen Parteien gegen eine hemmungslose Verstrickung in den Totalitarismus des Ostens.

Nun, da von Berlin her, von Kampf der Sozialdemokratie um die menschliche und demokratische Freiheit, auf die Ostzone immer deutlicher manches Licht der Hoffnung gefallen ist, hat endlich auch der Anspruch auf die eigene Meinung in den bürgerlichen Parteien eingesetzt. Des CDU-Vorsitzenden Jakob Kaisers Rede über den Vorrang der CDU-Politik vor der Beugung unter die "Block-Diktatur" machte vor einigen Monaten den Anfang. Die Opposition des von Schwannicke geführten Berliner Landesvorstandes der LDP gegen den bedingungslos osthörigen Kütz-Kurs der LDP war die Fortsetzung, und in diesen Wochen scheinen nun die Krisenerscheinungen in diesen beiden Parteien kräftiger zu werden. In Sachsen ersetzte die LDP trotz auf höhere Anweisung verschobenen Parteitag den osthörigen Kandidaten durch einen anderen, in Thüringen zeigten sich ähnliche Vorgänge bei der CDU. Die bedingungslose Ostlinie von Kütz hat ihn in Berlin in den letzten Wochen fast total von seiner eigenen Partei isoliert. In der Zone selbst freilich schwelen diese Erscheinungen stärker unter der politischen Oberfläche als in Berlin, wo sie offener im Klima der Viermächtestadt ausgetragen werden können.

Noch liegt der sowjetischen Besatzungsmacht daran, ihre gesamte Politik als von der Zustimmung auch der bürgerlichen Gruppen getragen zu demonstrieren. Deshalb ist die Unterstützung der bürgerlichen Gruppen, die sich der Sowjetpolitik verschreiben, offenkundig. Erwägungen, die beiden Parteien zu einer bürgerlichen Partei zu verschmelzen, in der über wirklich alle bedingungslos ostwilligen Elemente vereinigt sind, laufen deshalb seit geraumer Zeit um. Wie weit die Oppositionsgruppen in einem solchen Plan geduldet werden, das muss wohl an den Beispielen abgelöst werden, die viele osteuropäische Länder in ähnlichen Fällen bieten.

#### England blickt nach Gravesend

Nach den Verlusten der Labour Party bei den Gemeindevahlen in England und Schottland erwartet man in politischen Kreisen Londons mit besonderer Spannung den Ausgang der Ersatzwahl in Gravesend, die für den 26. November anberaumt wurde. Auf ihr soll der Nachfolger des Labour-Abgeordneten Gerry Allighan bestimmt werden, der vor kurzem aus dem Unterhaus ausgestossen wurde, weil er vertrauliche Mitteilungen an die Presse weitergegeben hatte. Sämtliche Parteien haben für die Wahlkampagne schwerstes Geschütz auffahren lassen, weil man die Ersatzwahl in Gravesend als einen Prüfstein für die wirkliche politische Haltung des britischen Volkes ansieht. Die Labour Party will den Sitz unter allen Umständen behaupten und hat deshalb auch einen umfangreichen Wahlfeldzug für ihren Kandidaten Sir Richard Leland inszeniert, der am Wahltag seinen 41. Geburtstag feiert. Sir

Richard Acland war ehemals Führer der Commonwealth Party, gehörte als Vertreter der Liberalen bereits einmal dem Unterhaus an und hat sich als Autor und Rundfunkprediger einen Namen gemacht. Sein schärfster Rivale wird der konservative Frank Taylor sein.

In diesem Zusammenhang ist das Ergebnis der jüngsten politischen Rundfrage des Gallup-Institutes erwähnenswert, das von der "News Chronicle" veröffentlicht wird. Danach erklärten sich 44,5 Prozent aller im September Befragten für die Konservativen, während 40 Prozent sich als Anhänger der Labour Party bekannten. Trotzdem aber traten 52 Prozent dafür ein, dass die Labour-Regierung bis 1950 im Amt verbleibt, während nur 42 Prozent ihren Rücktritt befürworteten. Bemerkenswert ist noch, dass 60 Prozent für eine Fortdauer der englischen Besetzung in Deutschland stimmten, 30 Prozent für eine Zurückziehung der Besetzung optierten und 10 Prozent sich in dieser Frage als nichtinteressiert bezeichneten. (b/B65/1211/1/ju)

#### Baumgartner und die SED

Der Landesvorsitzende der SED Bayern, Waldemar von Knoeringer, gibt folgende Erklärung ab:

Der Herr Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner hat in einem Brief an den bayrischen Ministerpräsidenten gegen die Diktatur des Verwaltungsamtes in Frankfurt protestiert. Er hat dabei betont, dass der Landwirtschaftsminister durch eine Diktatur des Ministerialdirektors Pödeyn ausgeschaltet sei. Pödeyn sei ein Exponent des Herrn Schumacher und führe eine Diktatur in seinem Sinne durch. Ohne zu den sachlichen Differenzen des bayrischen Landwirtschaftsministers mit dem Verwaltungsamt in Frankfurt Stellung nehmen zu wollen, muss die Art, in der der Herr Landwirtschaftsminister diese Frage behandelt, mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden. Es ist bekannt, dass Herr Schlange-Schönningen, Mitglied der CDU, Leiter des Verwaltungsamtes für Ernährung ist, und dass er für alle Massnahmen dieses Amtes, gleich welcher Art sie auch immer sein mögen, volle Verantwortung trägt.

Als Sozialdemokraten in Bayern verwahren wir uns dagegen, dass auf diese Weise die zwischen Herrn Baumgartner und der verantwortlichen CDU-Leitung des Frankfurter Verwaltungsamtes entstandenen Konflikte auf Kosten der Sozialdemokratie und ihres ersten Vorsitzenden Dr. Schumacher ausgetragen werden. Eine solche Methode ist nicht dazu angetan, klärend zu wirken. Die radikal gefärbten Versammlungsszenen des bayrischen Landwirtschaftsministers gegen Grossschieber und Korruption sind zu sehr auf propagandistische Wirkung zugeschnitten, als dass sie ernst genommen werden könnten. Es wäre wirkungsvoller, wenn der Herr Landwirtschaftsminister seine Forderungen im Ministerrat erheben würde, denn von der CDU-Regierung aus könnte der Kampf gegen Grossschieber wirkstärker geführt werden als durch Stimmungsreden in öffentlichen Kundgebungen.

Verantwortlich: Peter Bounau, Hannover.